

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 28. Januar 1905.

Nr. 11.

Für die Monate **Februar und März** nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Das Vakuum.

Zeitgemäßes Charakterbild des Gutenbergbundes von R. Unterholzner-München.

III.

Sozialisken und Momentaufnahmen.

Es sollen hier nur einzelne Hiftörchen in den knappsten Umrissen gezeichnet werden, um diese Maulauf- und -zumacher in ihrer ganzen Kleinlichkeit und Erb-armungs-würdigkeit zu zeigen, und ihnen die Gloriole des Märtyrers, mit der sich Guenau so gern umgibt, zu entreißen, da man bereits versucht hat, und namentlich jetzt nach dem erfolgten Austritte noch mehr versuchen wird, uns als die reisenden Wervwölfe und sich selbst als die unschuldigen Lämmer hinzustellen.

Als im Jahre 1898 unser „Held“ unter ganz eigenartigen Umständen den Münchener Staub von seinen Füßen schüttelte, um den Schauplatz seiner Taten zu verlegen und dann später seine erträumte Instruktorenlaufbahn zu beginnen, atmete hier alles erleichtert auf — bis er in seiner Irrfahrt wieder glücklich hier landete.

Zur Wiederetablierung und Erhaltung seiner Macht war jedes Mittel, in denen er nicht wäherlich ist, recht, und Korruption und Anarchie sind die Signatur dieser Gewalttherrschaft.

Fast keine Handlung der Vorstandschaft, die nicht den Widerspruch und die ärgste Opposition Guenaus und seiner Trabanten entfacht hätte. Wie sehr ihm jede ehrliche positive Arbeit ein Dorn im Auge und ein Grauel war, beweist seine Stellungnahme zur geplanten kommunalen Arbeitslosenversicherung, gegen die der „organisierte“ Arbeiter G. mit einer Bravour auftrat, um den armen Arbeitslosen das Butterbrot aus der Hand zu schlagen, welche selbst den rückständigsten Zinnungsmeister und Scharfmacher beschämten müßte. — Man versuchte es mit dem Gifte der Verleumdung und Unterstellung, man suchte die Vorstandschaft und die Mitglieder unter- und gegeneinander auszuspielen, um einen Keil dazwischen zu treiben und im Trüben fischen zu können. Man war so „objektiv“, ohne Schatten von Beweis uns Stimmen-kauf, Suggestion der Mitglieder (!), Verwendung der Vereinsgelder zu anderen Zwecken, Erstattung falscher, auf Täuschung berechneter Mitglieds- und Kassenbilanzen usw. vorzuwerfen, obwohl gerade letztere genau so wie unterm Regime G. seit neun Jahren gehandhabt wurden, nur mit dem einen Unterschiede, daß die Revisoren nichts zu beanstanden hatten. Endlich sollte die Mühsarbeit von Erfolg gekrönt sein in der vorjährigen Hauptversammlung des Ortsvereins bzw. deren Fortsetzung. Guenau allein hatte hierzu nicht weniger denn 21 der konfusesten Anträge gestellt, um eine Ermüdung der Mitglieder und dadurch ein vorzeitiges Verlassen der Versammlung vor der Vorstandswahl herbeizuführen, und auch seinen, von mir längst durchschauten Plan erreicht.

Der Clou aller Anträge gipfelte in seinem letzten, dem Zwecke des Ganzen, daß die Vorstandschaft und die übrigen Mitglieder, die, nicht mit Launsmüllig gestimmt, ihm ob seiner Quertreibereien die ungeschminkte Wahrheit zu sagen sich erlaubten, nicht mehr wählbar sein sollten; ja er einbildete sich also nicht, die Unvergleichlichkeit zu besitzen, vollberechtigte Mitglieder ihrer Ehrenrechte berauben und berauben und dadurch zu Mitgliedern zweiter Klasse stempeln zu wollen! So schlecht hätte G. übrigens nicht gerechnet, da bei Verwirklichung dieser Spottgeburt von Antrag nur die Handvoll seiner mit ihm fraternisierenden Gesellen übrig geblieben wäre.

Nachdem die Langmut der Anwesenden zum zoologischen Begriffe degradiert wurde, so daß es nicht wunder zu nehmen war, wenn wir am Schluß zu sieben Personen diesem Häuflein einer rückständigen und zum äußersten entschlossenen Minderheit von acht Mann

gegenüberstanden, wurden, um uns jeden Vorwurf zu ersparen, die Vorstandswahlen vorgenommen, die damit endeten, daß, nachdem die Stichwahl des ersten Vorsitzenden die Wahl Hierolds ergab, die bisherigen Vorstandsmitglieder jede Wiederwahl ablehnten, da keines mit diesen Leuten zusammenarbeiten konnte und wollte und den Herren das Feld überlassen blieb, die sich nunmehr mit „Mehrheiten“ von sieben bis herunter zu vier Stimmen (!) unter sich wählten — es fehlte also sogar das uneingeschränkte Vertrauen der acht Mann untereinander —, wobei der Drahtzieher G. den Ministerposten ohne Portfeuille (Beisitzer) übernahm, und da es zu Revisoren nicht mehr reichte, unterließ deren Wahl auch später.

Erst am Tage nach der Wahl — vorher war es im Drange der Geschäfte übersehen worden — wurde bemerkt, daß das zum zweiten Vorsitzenden gewählte Mitglied Prändl mit 13 Stimmen belastet war. Da durch dessen unberechtigte Teilnahme an der Abstimmung das erste Wahlergebnis und damit alle folgenden entscheidend beeinflusst waren, wurde beim Hauptvorstande Wahlprotest eingelegt.

Nunmehr geschah das Unglaubliche, indem der Hauptvorstand die also auf statutwidrige Weise zusammenge-setzte Vorstandschaft, welche, da sie sich nicht auf das Vertrauen der Mitglieder stützen konnte, nur gerichtlichem Zwange zu weichen erklärte, bestätigte und den Protest verwurft, da P. acht Tage nach der Wahl seine Stelle beglichen hatte, die von uns auch angenommen wurden, weil niemand ihn seiner Mitgliederrechte entäußern wollte. — Und das Rückschrittskabinett Guenau war gesichert. Der Hauptvorstand absolut, wenn er unsern Willen tut!

Wahlschwindel.

Dies war die Vorarbeit und die Vorbedingungen für die kommenden Wahlen zum Kreistage und zur Bundesgeneralversammlung. Entgegen bisheriger Gepflogenheit, die Kandidaten in der Versammlung aufzustellen, und hieraus den Kreistagsdelegierten zu wählen, präsentierte man den Bezirksmitgliedern, auf deren Unkenntnis der Personen und Verhältnisse man baute, eigenmächtig den G. seinen Gesinnungsgenossen Hierold, „unsern Herrn ersten Vorsitzenden“.

Doch die erwartete Wirkung dieses bombastischen Namens und aller Wahlschlüsse blieb aus, der Durchfallkandidat kam um die versprochenen Früchte seiner Trabanten Dienste, denn aus der Wahl ging der von uns vorgeschlagene Kollege Beringer hervor, gegen den sich nun die ganze Wut richtete. Gleichzeitig suchte Guenau die ihm auf dem Kreistage unbequem zu werden drohenden beiden Kreisvorstands-kollegen vorzüglich von der Würde ihrer Teilnahme hieran zu — entheben. Hinterher verweigerte man dann in München den beiden die statutenmäßigen Entscheidung, bis in beiden Fällen der H.-B. zuungunsten der Guenau und Hierolds entschied.

Der Herr Kreisvorsitzende a. D.

Es müssen keine freudigen Gefühle gewesen sein, die G. Demagogiebrust schwellten, als er in unheil-schwangerer Atmosphäre zu Pfingsten 1904 gen Würzburg zog. Der Kreistag endete mit einer vollständigen Niederlage des „verdienten“ Mannes, an dem sich seine eignen Taten rächten. Von allen im Stiche gelassen, selbst von denen, auf die er gerechnet, wurde ihm sogar ein Miß-trauensvotum erteilt. Mit diesem in der Tasche, die hochbedeute Seele erfüllt von Nachgebeten über diesen Chimborasso aller Rücksichtslosigkeit, diesen Himalaya aller Undankbarkeit, kehrte der Kreisvorsitzende aus seinem Capua zurück.

Doch, wer etwa glaubt, G. habe sich damit beiseite, der irrt, kennt nicht G. ungenügelten Ehrgeiz und unverwundbaren Zerstörungstrieb, und so entspann sich ein neuer Plan in der Terrine seiner Gedanken.

Er legte denn als erstes Protest ein gegen die wider-meinen ausdrücklichen Willen auf mich gefallene Wahl zum Kreisvorsitzenden, mit dem Erfolge, daß dieselbe von der Generalversammlung auch für ungültig erklärt wurde, weil ich zurzeit des Kreistages eine viernächtlige Waffenübung im Auslande ableisten mußte — Damit hatte er einen Aufschub seiner Depositionierung erreicht.

Eine kleine „Korrektur“ und ihre Folgen.

Aus dem gleichen Grunde, aus dem G. und seine Genossen vorher mit Erfolg Protest erhoben (meine militärische Übung), legten sie auch Einspruch ein gegen meine Wahl als Delegiertenstellvertreter zur Generalversammlung. Da von dieser doch so viel abhing, der Sieg der einen Anschauung über die andre, der allgemeinen Gewerkschaftsidee über jene des reinen Unterstützungsvereins, und da ich der eifrigste Vertreter der ersten war, so mußte man naturgemäß die Ursache beseitigen, dann fiel die Wirkung von selbst weg oder wurde doch abgeschwächt.

Während ursprünglich Beginn und Ende der Delegiertenwahl in die Zeit fielen, wo meine Mitgliedsrechte ruhten, wurde später der Endtermin der Wahlen aus anderen Gründen um einige Tage verlängert. Infolgedessen richteten meine Freunde an die Mandatgeber die Aufforderung, statt des an meiner Stelle aufgestellten Kollegen Beringer mich zu wählen. Mittlerweile waren aber bereits 24 Stimmen für B. abgegeben worden, die mir somit entgangen sind, während auf mich 32 Stimmen entfielen, und obwohl also tatsächlich von 61 abgegebenen Stimmzetteln zusammen 56 Stimmen auf den eigentlichen Delegierten kamen, siegte der als Stellvertreter gedachte Kandidat mit 36 Stimmen und wurde somit das Verhältnis umgekehrt (Guenau wurde einstimmig gewählt). Dadurch kamen die Wähler ungewollt zu einem „besseren“ Vertreter und Interpretator ihrer Wünsche, der es sich nicht nehmen ließ, seine Ansichtskarten selbst von Berlin zu verschicken.

Das vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden und vom Schriftführer konstatierte objektive Ergebnis war G. immer noch ein Dorn im Auge und so maßte er sich die Befugnisse der Mandatprüfungskommission an und „korrigierte“, indem er die „Typ.-Redaktion mit einem „Fertume“ täuschte, die von seinen beiden Vorstandskollegen unterschäftlich gedeckter Bekanntmachung ohne deren Wissen und Willen dahin, daß nicht U., sondern der mit den nächstmeisten Stimmen bedachte Kollege V. Stellvertreter ist, obwohl ich einige Tage vor Beendigung der Wahl schon wieder vollberechtigtes Mitglied war.

Eine solche Fälschung war selbst dem vertrauensseligen Hauptvorstande zu bunt, und er entthob unterm 27. Juni kurzer Hand den vielseitigen G. seines Amtes, indem er bestimmte, daß alle Geschäfte dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden übertragen sind.

Der ganze Mannesstolz vor Bundesfäden bäumte sich ob der Ueberhebung der sieben Echnur in G. Säjärenherzen auf, und er appellierte an die Generalversammlung, die ihm lindernden Balsam auf seine Wunde träufelte, indem sie den Hauptvorstand desabvoutierte und seinen Protesten betreffs meiner Wahl zum Kreisvorsitzenden und Delegiertenstellvertreter wegen der Militärangelegenheit stattgab, und der Hauptvorstand befehlte sich, die Segel dem Binde entsprechend umzustechen, und G., wie bereits früher angeführt, seines ungetrübten Vertrauens zu versichern.

Beim Rudi.

Guenau konnte die Geister, die er gerufen, nicht mehr bannen. In einer solchen „belebten“ Versammlung wurde denn auch G. und seiner Lierten Treiben bezüglich der Wahlen usw. einer derben Kritik ausgesetzt. Als hierbei vom Vorstandstische uns das M... geboten wurde, und mit bezug auf einen Kollegen, der schon wiederholt das Unglück hatte, krank und konfessionslos zu sein, der kläffische Ausspruch getan wurde, Mitglieder, welche die Kassen des Bundes in Anspruch genommen haben, hätten überhaupt nichts zu sagen, da entschlüpfte in gerechtem Zorne hierüber einem besonders vorlauten Parteigänger G. namens Sächl gegenüber dem Gehege meiner Zähne die Bezeichnung „Grün-schnabel“. Dieser Schleppträger G., der als Nachengel ausersessen war, wurde daraufhin von der Klagerits befassen, und man holte mit sonst ungewohnter Feinsichtigkeit den verstaubten Wogen beleibiger Ehre hervor, um mich vor den Rudi zu schleppen. Ich küßte diese so laute Feuerung meiner Gedanken vor dem Vermittelungsamte mit einem blanken Taler, womit die lädierte Ehre G. wieder aufpoliert war. Es gibt doch Liebe, nette Mitglieder von echter bundesbrüderlicher Kollegialität — G.icher Observanz!

Eine Palastrevolution.

Unter dem 14. August erging an den Kreisvorstand die Weisung des Hauptvorstandes, binnen 14 Tagen die Neuwahl eines Kreisvorsitzenden vornehmen zu lassen. Der mit allen Wassern gewaschene, kluge berechnende Kreisgewaltige aber tat wiederum einen Schachzug: ohne Vorwissen seiner ihm unheimlichen beiden Vorstandsfolger verhandelte er unter dem 25. August die betreffenden Zirkulare mit den Wahlzettel, denen oben ein weiteres Pamphlet gegen die frühere Vorstandschef beigelegt war, während er unter eigener Lobhudelei seine Visitenkarte abgab. Unter dem 26. August gelangte dies alles in die Hände der Mitglieder und bereits für den 27. August, abends 8 Uhr, waren die Stimmzettel wieder eingefordert. Dieser 24stündige Wahltermin war also offenbar gewählt, um in der Verwirrung und durch die Kürze der Zeit seine eigene Wahl zu sichern. Von den etwas über 100 Mitgliedern stimmten denn auch nur 67 ab, wovon 37 Stimmen auf G. entfielen, der also dank dieses Tricks gewählt war. So „macht“ man also Wahlen und so wird man Kreisvorsitzender! Wir selbst verhielten uns vollständig passiv.

Statt nun, wie es sich gehört hätte, das Wahlergebnis im Kreisvorstand festzustellen, kooptierte sich der von der Generalversammlung mit der Wahl betraute Herr G., die in ihm den Bod zum Wärtner setzte, eine „Kommission“ von zwei Mann aus seinen beiden Freunden Zierold und Brändl, gerade so, als wenn drei sich zum Zirkel zusammensetzen, um das Dekorum zu wahren, da er nunmehr — ein Schauspiel für Götter — Protestler, Wahlkommissar, Kandidat und Gewählter in einer Person war!

Dieses Wahl — kuriosum mußte denn auch vom Hauptvorstand auf die von München und Würzburg erfolgte Reklamation hin wiederum aufgehoben werden, und gleichzeitig wurde die Verlegung des Kreisvorstandes nach Würzburg bestimmt. Somit war G. neuerdings deponiert, und er sah seine schönen Träume zerfliegen. Darob erhob sich ein fürchterlicher Sturm im Glase Wasser, der sich nunmehr gegen den Hauptvorstand richtete.

Mittels eines schwulstigen Zirkulars, an der Verbredung G.s zurechtgedreht, wurde den armen Mitgliedern, die nicht mehr wußten, wo ihnen der Kopf steht, die krasse Ungerechtigkeit plausibel gemacht, und ihre Unterschrift zu einer Gegenresolution verlangt. Man bettelte insgesamt auch 21 zusammen, die aber nicht vermochten, eine Veränderung herbeizuführen. Um aber dennoch dem Hauptvorstande ein Schnippchen zu schlagen und G. wieder auf die zerlumpten Socken zu helfen, sollten die Mitglieder veranlaßt werden, ihre Stimmen auf sein Duldvergnügen zu häufen. Bist Glück!

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.)

Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, ist das Jahr 1904 uns **Buchdruckern** freundlich gewesen als seine letzten Vorgänger. Die Geschäftslage besserte sich, wenn auch nur langsam, so daß wieder von einer Verminderung der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre zu berichten sein wird. Einen ungefähren Ueberblick über diese Verringerung liefern Berechnungen, die nach den monatlichen Berichten der Hauptverwaltung unsers Verbandes folgende Arbeitslosenziffern ergeben:

	1904	1903
Januar	3,49	4,55
Februar	2,14	3,12
März	1,79	2,58
April	2,73	3,26
Mai	3,66	4,56
Juni	4,15	4,42
Juli	7,12	7,25
August	7,64	8,68
September	6,29	7,19
Oktober	5,49	6,68
November	2,68	3,68

Nach dem Resultate für diese elf Monate würden von 100 Verbandsmitgliedern im Jahre 1904 4,28 Proz., 1903 dagegen 5,88 Proz. arbeitslos gewesen sein. Auch die Berichte der paritätischen Arbeitsnachweise lassen eine Besserung des Arbeitsmarktes im Buchdruckgewerbe erkennen. Allerdings können hier nur Vergleiche mit den beiden letzten Jahresquartalen gezogen werden, da die vierteljährlichen Ausweise des Tarifamtes über die Tätigkeit der Arbeitsnachweise erst mit dem dritten Quartale 1903 begonnen haben. In letztgenanntem Zeitraume waren also im Durchschnitt pro Woche arbeitslos gemeldet: 1881 Seger (im dritten Quartale 1904 aber nur 1358) und 444 (328) Drucker; im vierten Quartale 1903: 1391 (874) Seger und 365 (280) Drucker. Aber nicht nur an diesem verminderten Angebote von Arbeitskräften ist eine Besserung erkennbar, sondern auch an der gesteigerten Nachfrage, wenn auch nicht bekannt, vielmehr freudig zugegeben werden soll, daß die größere Zahl der Vermittelungen auch der zunehmenden Beliebtheit der Tarifarbeitsnachweise zu danken ist; ein Umstand, der von jeder andern Gewerkschaft mit vollen Lungen gepriesen werden würde, in unseren Reihen aber leider nur vereinzelt die nötige Beachtung findet. In den beiden letzten Quartalen von 1904 wurden also durch die paritätischen Arbeitsnachweise untergebracht 4936

(1903: 3912) Seger und 997 (748) Drucker. Daß die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe sich verschlimmert habe, kann also in keine Weise behauptet werden; wohl aber steht fest, daß dieselbe immer noch ansehnlich hoch ist, wobei aber auch zu bedenken, daß die Arbeitslosigkeit von anderen Organisationen nur in ganz wenigen Fällen so ersichtlich zur Darstellung gebracht werden kann wie bei uns, weil dort der den wichtigen Maßstab abgebende Prozentsatz der Organisierten meistens ein viel zu minimaler ist. Daß unsere Unternehmer wieder die alten Klagen über geringen Verdienst, Schmutzkonkurrenz, unsinnige Druckergründerei, d. h. Errichtung kleiner Unternehmen ohne die so notwendige finanzielle Basis, sowie die Schädlichkeit des Submissionsverfahrens vorbringen, wird nicht weiter überraschen; wir werden aber später sehen, was Wahres daran und was Müßig nach falschen Noten ist.

Daß der Geschäftsgang im Dezember allenthalben ein befriedigender, wenn nicht ein sehr guter gewesen ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Von sonstigen Vorgängen in diesem Monate wären zu erwähnen ein Konflikt (Kammerer in Wilhelmsburg) wegen Einführung des Tarifes, die neueste Schlappe des Guttenbergbundes durch Austritt einer Anzahl von Mitgliedern in München, das Ankaufen des Dr. Mühlings in Ulm gegen den Tarif in seiner Gesamtheit, und der ziemlich schritte Ausklang der Gaudisfeierkonferenz vom November in der Dezemberversammlung des Berliner Vereins. Der vom „Corr.“ mit dem „Allgemeinen Anzeiger für Druckerei“ gehaltenen Differenzen sei um deswillen gedacht, weil der Verlag dieses Fachblattes nunmehr hat Remedur eintreten lassen, indem dieser vom tariflichen Standpunkte zu beanstandende Anzeigen, desgleichen solche mit der Frage nach der Vereins- und Verbindungszugehörigkeit nicht mehr im klinschischen Anzeiger anzutreffen waren.

Bei den **Buchdruckereiarbeitern** kamen in letzter Zeit, das ist Mitte Januar, in Berlin wieder verschiedene Lohnbewegungen vor, inwieweit dieselben Erfolge brachten, vermögen wir noch nicht zu sagen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen das beste Mittel ist, für beide Teile bessere Verhältnisse zu schaffen; wie dies auch nur zum Vorteile der Beziehungen zwischen der Hilfsarbeiterorganisation und unserm Verbands wäre, den man so gern als Vorspann benützen möchte bei Austrag selbst der kleinsten Differenzen. Wenn von Prinzipalsseite über die Billigkeit solcher Vorgehens geklagt wird, so möge man aber auf jener Seite auch bedenken, daß der in der Reichshauptstadt übliche Rindungs-ausschluß, den gerade unsere Berliner Unternehmer in Anbetracht der dortigen Verhältnisse für notwendig halten, die Vorbedingungen zu diesen von ihnen so beklagten Vorgängen liefert.

Die in Nr. 144 v. J. unter dieser Rubrik besprochenen Tarifdifferenzen bei den Berliner **Buchbindern** scheinen trotz ihres damals bedrohlichen Charakters doch keine ernsthafte Gestaltung genommen zu haben. Die Berliner Buchbinderprinzipale werden angesichts des sich ergebenden Sturmes es vorgezogen haben, das Referatrecht der Berliner, die Berechnung des Falzens und sonstiger Vorarbeiten nach dem ursprünglichen Formate — wie es vor dem Beschnitte sich ergibt —, weiter beachten. Der in derselben Nummer gemeldete Rücktritt zweier Gehilfenmitglieder des Tarifamtes in Leipzig hat nicht in der Vermittlung über die Interesslosigkeit der führenden Prinzipale bezüglich der Tariffrage seine Begründung, sondern in lokalen Vorgängen höchst realer Natur.

Bei den **Lithographen und Steindruckern** macht die Verschmelzung mit dem Senefelderbunde, die eigentlich schon beschlossene Sache ist, immer von neuem Schwierigkeiten. Um diese aus der Welt und völlige Klarheit über die strittigen Fragen zu schaffen, fanden von Mitte Januar an in mehr als achtzig Orten Sonderversammlungen über diese Angelegenheit statt. Außerdem soll eine Urabstimmung im Senefelderbunde stattfinden, die in sieben Punkten die Uebertrittsbedingungen zu regeln bestimmt ist. — In Sachen der Differenzen mit Tischendörfer hat nun ein Schiedsgericht unter Leitung eines Mitgliedes der Generalkommission getagt. Der ganze Streit war in sieben Anklagen gegen Tischendörfer zusammengefaßt worden. Das Fazit ist eine ganze und eine halbe Verurteilung, in den übrigen Fällen war das Verbalten Tischendörfers nicht zu monieren.

In Nr. 147 v. J. berichteten wir von dem Zustandekommen einer Tarifgemeinschaft bei den **Kylographen**, dabei bemernd, daß in Leipzig ein Sonderarbitrage befehlt. Der Termin der Einführung, der 1. Januar ist verstrichen, aber von der neuen Tarifgemeinschaft ist nichts zu sehen. Im Gegenteile macht sich in Gehilfenkreisen eine lebhafteste Opposition gegen den in Düsseldorf vereinbarten Tarif geltend, obenan von Leipzig aus, das von seinem Sonderstandpunkte nicht abgehen will. Es sind ganz unerbauliche Dinge, die sich in dem kleinen Kreise der Kylographen abgespielt haben. Die Gehilfenvertreter wurden von ihrer Organisationsleitung völlig preisgegeben; es wird denselben vorgeworfen, sie hätten sich von den Prinzipalen überlassen lassen und was dergleichen Vorwürfe mehr sind, die wir ja von 1896 her am besten kennen. Wenn der Schein aber nicht ganz trügt, dann ist man sich in den Kylographenkreisen nicht einmal klar über die Grenzen des zu Schaffenden. Da läßt es sich denn von sicherm Port geschädlich raten, zumal man obendrein des Befalles der Menge sicher ist.

Zu Januar sollte eine Urabstimmung unter den Gehilfen über den Tarif stattfinden.

Die **Bergleute** haben neben dem vielen Mißgeschick, das sie schwer belastet, noch ein besonderes Pech, und das ist die Befragung des preussischen Handelsministeriums mit der Person des Herrn Möller als Leiter dieses Ressorts. Der lange Möller ist das Prototyp des rheinisch-westfälischen Industriellen, was die Rechenmagnaten gar wohl auszuwerten wissen. Den Handelsminister Möller trifft auch in erster Linie die Schuld, daß rein gar nichts zur Abstellung der ständischen Zustände im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau geschehen ist, daß vielmehr der Rindstoff sich nur noch vermehrt hat. 1889 hat die preussische Regierung den Kohlenbaronen Bittendienste geleistet, 1893 hat sie bei dem Drama im Saargebiete, bei dem auf den eignen Gruben gegen die Arbeiter entzündeten Kämpfe, sich ebenso arbeiterfeindlich gezeigt als das Privatunternehmertum, und nun soll sie den Syndikatsherren durch einen Möller ein Paroli bieten? Nein, das geht nicht an. Deshalb haben auch die Arbeiter im Bergbauvereine (Kirdorf, Stinnes, Thyssen) es durchzusetzen vermocht, daß nicht mit den Arbeitern verhandelt und kein Deut von deren Forderungen bewilligt wird, die Regierungskommission ist geradezu mittelbändig von ihnen behandelt worden. Diese Uebertragung des russischen Despotismus nach Dortmund hat nun aber selbst in kapitalisfrommen Blättern eine scharfe Abweisung gefunden, die eine deutliche Spitze gegen Möller an sich trägt, den die durch die Ereignisse im Ruhrreviere bedrohte Industrie mit verantwortlich macht. Es ist auch ein starkes Stück, wenn Möller die Tatsache der Schichtverlängerungen verleugnen will oder gar die Lohnveränderungen nach unten — ganz abgesehen von dem Nullen — direkt bestreitet. Nach den Ausweisen der Knappschaftskasse sind nämlich in den letzten vier Jahren 31.000 Arbeiter gleich 12 Proz. der Belegschaft von der dreizehnten in die zwölfte Lohnklasse gekommen. Die preussische Regierung hat in der Frage des Rechenstillschließens völlig versagt, und sie spielt auch in diesem Kampfe nicht ihre Trümmer aus (siehe Reichstagsverhandlungen in Nr. 10); ihre viel betonte Neutralität in diesem größten wirtschaftlichen Kampfe ist lediglich im Interesse der Stammesverwandten Möllers gelegen, und das Reich hat wieder einmal nichts zu sagen. Um aber einer selbst von Möller genährten Legendenbildung entgegenzutreten, wollen wir hier einen Aufruf des Vorstandes der Bergarbeiter folgen lassen, der dem mit den anderen Organisationen vor dem allgemeinen Streik erlassenen unmittelbar sich anschließt:

„**Mätung Kameraden!** Hütet euch vor wilden Streiks! Wenn noch besondere endgültige Forderungen direkt an die Besondereinstellung hinsichtlich der Löhne, des Nullens, der Strafen, der Beschäftigung usw. gestellt werden sollen, so darf das keine Belegschaft eigenmächtig tun, sondern hierzu ist nur eine gemeinsame Konferenz der Delegierten aller Verbände berechtigt! Das Vorgehen muß einheitlich sein; wenn einzelne Belegschaften eigenmächtig für sich handeln wollen, ist von vornherein ihre Sache verloren. Es zeugt nur von einer Mißachtung der Organisationsbeschlüsse, wenn die einzelnen Belegschaften sich blindlings in den Streik fügen! Wenn die Kameraden nicht auf die Beschlüsse unserer Generalversammlung (siehe Streikreglement) achten wollen, sondern lieber auf Schreier hören, die sich später feige vor der Verantwortung brüthen wollen, dann hat die ganze Organisation keinen Wert. Der Kameradschaft kann nur überlegendes, einheitliches Handeln aller Organisationen nützen, das bündelnde, Brocken hinwerfen! Habet der gerechten Bergarbeiter-sache! Kameraden, deshalb zeigt euch als starbende Arbeiter, haltet die Unbändigkeitslinien von Vorarbeiten zurück, beginnt keinen wilden Streik und wartet die Beschlüsse der Gesamtvertretung ab! Wer diesem Rate nicht folgt, handelt gegen die gewerkschaftliche Disziplin.“

Der Vorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter.
H. Sadje.“

So sehen die Streiktheger in Wirklichkeit aus, die Gewerkschaftsführer, welche man im preussischen Abgeordnetenhaus förmlich zu Verbredern am Volke gestempelt hat. Dieser Aufruf ist aber auch in anderer Beziehung ein wertvolles Dokument dafür, wie notwendig es ist, daß die berufenen Leiter der Gewerkschaften die Fügei in der Hand behalten, und nicht dulden, daß jene Leute, welche der Vorstand des Bergarbeiterverbandes als sich vor der Verantwortung drückende Schreier bezeichnet, irgendwie in die Geschichte der Organisation eingreifen. Wäre der alte Bergarbeiterverband, der um die Jahreswende dicht vor der Errichtung der Mitgliedszahl 100.000 stand, die jegliche schwere Feuerprobe auch mit dem Erfolge bestehen, daß die Ziffer 100.000 um ein ganz Bedeutendes überschritten wird.

Es ist schon in der Einleitung zu dieser Uebersicht angedeutet worden, daß die Vermögens der Leitung der Verbände organisierten **Metallarbeiter**, mit der Hauptorganisation ihrer Unternehmer das Arbeitsverhältnis durch einen Tarifvertrag zu regeln, völlig geklärt sind. Wir haben von dieser bemerkenswerten Aktion bereits in den Nummern 128 und 115 v. J. Notiz genommen, woraus sich ergibt, wie weit diese vom Vorstande des Metallarbeiterverbandes eingeleiteten Verhandlungen zurückzuführen. Doch kann von Verhandlungen ja gar keine Rede sein, weil der Herrenhandpunkt des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, der wie

einflussreich Friedrich Wilhelm IV. der Meinung ist, daß zwischen ihm und sein Volk kein Stück Papier (Konstitution) drängen darf, auch schon dem Scheine einer Fabrikkonstitution wehren will, und es deshalb nur zu schriftlichem Meinungsaustausche über die Voraussetzungen zu einer irgendwie gearteten Wahrung der von den Arbeitern aufgeworfenen Frage kommen ließ. Diese Korrespondenz währte bis zum 21. Dezember v. J., da sich der Leitung des Metallarbeiterverbandes aber doch der Faden der Geduld, und sie brach unter Berufung auf eine direkte Unversöhnlichkeit der Industriellenorganisation die sich schon längst als unnütz erwiesene Schreiberei ab. Die Schriftstücke des Gesamtverbandes der Metallindustriellen atmen einen Unternehmervorwitz, der in unserm doch immerhin etwas angekränkelten Zeit des Einigungsverfahrens ganz unangenehm erscheint. Ob diese Vorgänge — wir meinen die brutale Despotie des Kapitalismus und die schroffe Brückierung der Arbeiter durch die Organisation der Metallindustriellen — gewissen Gehilfenkreisen bei uns die Augen öffnen werden über die wirklichen, himmelweit verschiedenen Verhältnisse in unserm Gewerbe? Bessere Ueberzeugungsmittel könnte es unserm Erachtens gar nicht geben.

Auf einer Landeskonferenz der **Textilarbeiter** Sachjense wurden die Folgen der Beitragsverhöhung eingehend besprochen. Danach wären in der Stadt Crimmitschau 1500, im ganzen Crimmitschauer Bezirke aber 4000 Mitglieder abgepflegen, Crimmitschau ließe somit wieder in der Position wie vor dem Kampfe. Chemnitz, Glauchau, Meerane, Delitzsch, Reichenbach, Werdau sind ebenfalls zurückgegangen. Der nationale Arbeiterverein in Crimmitschau — die nach dem Kampfe von den Fabrikanten gegründete Arbeitswilligenvereinigung — zählt reichlich 1200 Mitglieder; um ihre Stellung zu halten, treten auch Verbandsmitglieder in denselben ein. Der Verbandsvorsitzende Hillich teilte zur Entgegung der vielen falschen Gerüchte mit, daß der Verband einfaßl. der Gelber in den Filialen im ganzen über 237 000 M. verfügt habe beim Ausbruche des Crimmitschauer Kampfes. Unser Ansicht nach sind die früheren Ausführungen von Silberstein und Ullbreit über diesen Punkt aber dadurch keineswegs widerlegt, vielmehr damit bewiesen, daß der Textilarbeiterverband es ohne den notwendigen Kriegsfonds zu den part. Streiks in Crimmitschau kommen ließ, woraus dann alsobald die große Aussperrung wurde. Die beim Eintritte des Gerüchtes zur Weihnachtsgesicherung Berufungslücken habe man nicht im Stiche gelassen, wie behauptet werde. Der am schwersten Verletzte habe zur Errichtung eines Geschäfts 2500 M., der andere außer seiner Unterstützung 750 M. erhalten, der dritte sei wieder hergestellt und gehe seiner Arbeit nach. Eine interessante Debatte entspann sich noch über den Erhaltungsfonds des Verbandsorgans sowie über die Eigentumsverhältnisse desselben. Letztere liegen so, daß von einem Anrechte des Verbandes formell nicht gesprochen werden kann, die „Vollstimmigkeit“ in Chemnitz herausgebende Handelsgesellschaft ist auch Eigentümerin des „Textilarbeiter“, der früher überhaupt in Privatbesitz war; von der Textilarbeiterorganisation sind jedoch ein gew. Mitglieder Teilhaber dieser Handelsgesellschaft, die dem Verbands im weiteren auch Gewinnbeteiligung zugesprochen hat. Die Verlegung nach Berlin wurde aus zweifelsgründen abgelehnt, obwohl die Drucker des „Vorwärts“ den Druck um 300 M. pro Nummer billiger berechnen will als die Drucker Landgraf in Chemnitz, deren Zuhörer den Nachweis erbrachte, daß das Ehren- und Schicksalsgericht in Leipzig die Berechnung des „Textilarbeiter“ als angemessen bezeichnet habe.

Raum für möglich sollte man es halten, daß die Verbandsleitung kürzlich öffentlich auffordern mußte, die noch ausstehenden Sammelkassen vom Crimmitschauer Kampfe endlich einzulösen und darüber abzurechnen.

Joannes Sassenbach gibt im Verbandsorgane der **Sattler** dankenswerte Anregungen zu der auf dem Kölner Gewerkschaftskongresse zur Verhandlung kommenden Frage der Errichtung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse. Daß in dieser Beziehung etwas geschehen muß, ist klar, und daß darin etwas geschehen kann, haben uns die evangelischen Arbeitervereine sowie erst leztlich die Düsseldorf Gewerkschaften gezeigt. Soll aber etwas aus der Sache werden, dann muß die Generalkommission die Initiative dazu ergreifen, die nach dem Vorschlage von Sassenbach die Ausgaben für die Schulräume und die Beiräte zu bekräften habe, während die Organisationen bzw. die Teilnehmer selbst für die übrigen Kosten aufzukommen hätten; daß Berlin nur als Ort der Abhaltung dieser Kurse in Betracht kommen kann, ist ohne Frage. Sassenbach schlägt vor für die Thematik: Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 12 Stunden, Die gegenwärtigen Gewerkschaften in Deutschland 4, Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande 4, Die Versicherungsgelehrte mit besonderer Berücksichtigung der Spruchpraxis 12, Die Arbeiterschutzgesetze 16, Die Gewerkeordnung 12, Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate (verbunden mit praktischen Übungen) 12, Einführung in die Nationalökonomie 10, Kartelle und Unternehmensvereinigungen 8, Vorbedingungen der Statistik 8, Einführung in die neuere Literatur 12 Stunden, in Summa 120 Stunden, wozu dann noch täglich zwei Diskussionsstunden kommen sollen.

Der Verband der **Holzarbeiter** hat nun ebenfalls die 100 000 überschritten, hier hat also der Ausbau des Unterstützungswesens nicht die Begleiterleistungen als bei den Textilarbeitern gestiegen. Zum leitenden Re-

daiteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist der seit herige zweite Redakteur Ernst Weinhardt gewählt worden.

Die gemeinsame Schlichtungskommission in der Düsseldorf Holzindustrie hat auch in ihrem letzten Geschäftsjahre eine durchaus befriedigende Tätigkeit entfaltet.

Den Uebertritt in den Holzarbeiterverband hat der Verband der Möbelpolierer beschloffen.

Das Lehrlingswesen bei den **Tabakarbeitern** liegt besonders in den Gegenden, wo billige Massenware fabriziert wird, sehr im argen. Die Ausbeutung der Lehrlinge ist eine derartig schäblich, daß Ende Dezember die bairische Fabrikinspektion eine Befragung erließ, derzufolge die in vielen Zigarrenfabriken abgeschlossenen Lehrverträge in wichtigen Punkten den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht entsprechen, somit rechtswidrig sind; überhaupt wäre für die Abschließung von Lehrverträgen in der Zigarrenindustrie keine Grundlage gegeben. Das ist einmal wieder eine derbe Ohrfeige für einen Teil des fortwählig nach stärkerem geschäftlichen Schutze gegen die die Staatsautorität so mißachtenden Arbeiter schreienden Unternehmertum.

Das Organ der **Arbeiterinnen**, die „Gleichheit“, erscheint von dem neuen Jahre an in vergrößerter Umfang und mit einem „Frauenbeilage“ betitelten Beiblatt. Das Format ist das meist übliche Zeitungsformat von Doppelquart, der Umfang acht Seiten, die Ausstattung einheitlich und nur zu loben. Der Stab der Mitarbeiter scheint bedeutend vergrößert worden zu sein.

Die **Sozialorganisationen**, welche sich nicht genug tun können in der Verpottung der „Verbänd“ und des bei den Zentralorganisationen herrschenden Formalismus, der jede selbständige Haltung, jede freie Handlung unmöglich macht, sind von dem Organe der Handels- und Transportarbeiter überführt worden, die „de Reglementierung“ der Zentralorganisationen genau zu kopieren. Die freie Vereinigung der Glöckler und Rohrumbühler Deutschlands hat nämlich fast wortwörtlich das Reglement für die Gänge dem der Hauptorganisation dieser Branche entnommen. Wir haben die Gegenüberstellung gelesen und müssen gestehen, so wortgetreu verliest kaum der Kollege E. abzuschreiben, der doch in der Aneignung fremden geistigen Eigentums gewiß Hervorragendes leistet. Und solche ganz ordinäre Plagiatoren wollen nun das Alte stützen machen und neues Leben aus den Ruinen erkehen lassen!

Den Uebertritt zu den Verbänden erwägen die sozialen Organisationen der Berliner Kürschner und Kistenmacher. Mit den Kleingeldern haben sich die Einigungsverhandlungen noch einmal zerklüftet, bei welcher Gelegenheit die berühmte „Einigkeit“ den Wunsch ausdrückte, daß die „Einigungsrummel“ nun endgültig überwinden sein möchte. Der Berliner „Vorwärts“ begleitete den negativen Ausgang dieser Einigungsverhandlungen mit einem „Leider“, worauf die „Einigkeit“ den „Vorwärts“ ganz gehörig abkanzelte. Wenn das sozialdemokratische Zentralorgan darauf aber mit einer Entgegnung reagiert, in welcher es u. a. heißt: „Wir sind nicht immer mit den Waffen einverstanden, welche manche Verächter der neutralen Organisationsform gegen die Lokalanisationen führen, wir halten ein größeres Entgegenkommen von dieser Seite den sogenannten Vertrauensmännernzentralisationen gegenüber für richtiger, wir würden und begreifen auch voll den Wunsch der Gewerkschaften Reklamation, sich nicht bedingungslos von den großen Zentralisationen auflassen zu lassen; aber prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkte, daß den großen zentralisierten Verbänden die Zukunft gehört und werden — ohne die Ans von der „Einigkeit“ untergeschobene Bosheit zu bejagen — jeden Schritt in der Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin mit Freuden begrüßen“, so muß das den Lokalanisationsposteln nur den Nacken steifen Der „Vorwärts“ könnte sich in der Behandlung der ziel- und planbewußten Gewerkschaftsgruppierungen, die zum mindesten ebenso viel Schaden der Arbeiterbewegung zufügen wie andere Gewerkschaftsgruppierungen, an dem „Hamburger Echo“ ein beherzigenswertes Beispiel nehmen.

Die Mitglieder der **christlichen Gewerkschaften** erleben es nicht nur bei den Kohlenbaronen, daß die Unternehmer ihren Organisationen genau so feindselig gesinnt sind wie den freien Gewerkschaften, sondern bekommen solche Beweise auch in anderen Branchen. So hat der famose Kreuzfisch- und Gebetbücherfabrikant Böding in dem frommen Revaler den ihm im Sommer von der Geistlichkeit und dem Bürgermeister aufgedruckten Arbeitsvertrag nicht gehalten; er läßt wieder elf Stunden arbeiten und wirft seine christlich organisierten Arbeiter einfach auf die Straße. Und in Fulda zwingen die großen Emallierwerke die Christlichen zum Austritte aus der Organisation; wer nicht unterschreibt, fliegt. Ob die Christlichen die Zeichen der Zeit endlich begreifen lernen?

August Brunt hat die Streitzeit begraben, er verzichtete auf eine Wiederwahl und avancierte zum Beiräte, Hermann Köster wird Vorsitzender werden. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter deut ebenfalls den Mantel der Christenliebe darüber; beide Teile werden auch wohl wissen, warum sie das tun. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Essen. Die in Nr. 6 des „Corr.“ veröffentlichte Rundschau: „In einer Essener Zeitung finden wir folgende schmelzhafte Empfehlung für den Gutenbergbund usw.“, ersuche ich höflichst, wie folgt

berichtigt zu werden: 1. Es ist nicht wahr, daß der Diebstahl überführte Schriftsteller F. Schulte zweiter Vorsitzender des Essener Arbeitsvereins G.-B. war, da derselbe schon seit 1/4 Jahr überhaupt keinen Vorstandsposten bekleidet. 2. Wahrheitswidrig ist die Behauptung, daß Sch. schon längst als raffinierter Gauner bekannt gewesen, im Gegenteile erfreute sich Sch. der weitgehendsten Sympathien in Mitarbeiterkreisen. 3. Sch. hat im Arbeitsvereine Essen G.-B. nie eine große Rolle spielen können, da ihm in demselben zur Entfaltung seiner in der Nacht vom 8. bis 9. Januar erst zum Ausdruck gekommenen unruhlichen Talente keine Gelegenheit geboten war. C. Schmidt, Vorsitzender des Arbeitsvereins Essen G.-B.

D. Hagen. (Berichtigung.) In dem Bezirksversammlungsberichte vom 17. Dezember 1904, Nr. 145, zweite Seite, heißt es: „Kollege Gogowsky-Sjerlohn: Die Neutralität unserer Organisation usw. . . . Hatte die Versammlung bis jetzt einen ruhigen und sachlichen Verlauf genommen, so nahm dieselbe nunmehr einen so erregten Charakter an, daß die bei Eröffnung der Versammlung ausgedrückte Hoffnung zu Schanden wurde“. Jeder Leser dieses Berichtes wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß Kollege Gogowsky der Stänker war, und dieses ist nicht richtig. Jeder Besucher der Versammlung wird wissen, daß durch die Gogowsky'schen Ausführungen keine Störung der Versammlung verursacht worden ist, sondern daß der Krach durch ein ganz anderes Thema entstanden ist und schließlich ins Persönliche ausartete. Dieses dem Kollegen Gogowsky (wenn auch etwas sehr spät) zur Veremntung. W. Dieß, Schriftführer.

s. Harburg a. E. In der am 14. Januar im Vereinslokale abgehaltenen Generalversammlung des Arbeitsvereins Harburger Buchdrucker erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Mitgliedsstand betrug danach am Jahresabschlusse 20. Der Versammlungsbesuch war durchweg ein guter zu nennen. Aus dem Ueberblicke des Vereinsjahres sei noch hervorgehoben, daß die tariflichen Verhältnisse am Orte schlecht zu nennen sind. Im Oktober vorigen Jahres hatten wir hier eine Bezirksversammlung, welche mit einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung verbunden war. Als Referent war Kollege Rosenbruch-Hannover anwesend. Auch die hiesigen Nichtmitglieder, die sich hier in den beiden Zeitungsdruckereien „Harburger Anzeiger und Nachrichten.“ und „Harburger Zeitung“ in der städtischen Zahl von etwa 40 verteilten, waren zu dieser Versammlung eingeladen; leider waren nur zwei erschienen. Diese „Nicht-Kollegen“ stützen sich stark auf ihre dauernde Kontribution und brauchen deshalb keinen Verband. Die Nichtmitglieder des „Harburger Anzeiger und Nachrichten“ gehören zum Teile der Prinzipalskaffe, die der „Harburger Zeitung“ dem Wirtschaftlichen Schutzverbände (Verbrüderung Deutscher Arbeiter) an. Hierauf kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Erörterung.

Kaiserslautern. Der Maschinenmeisterklub Kaiserslautern beschloß in der am 8. Januar abgehaltenen Ordentlichen Versammlung endgültig eine große graphische Ausstellung mit Spezialabteilung für Mehrfarbendruck, Schriftgießereierzeugnisse und lithographische Arbeiten zu veranstalten. Dieselbe findet am 2. und 3. April im großen Saale des „Kaisersberges“ statt und ist selbige, dank der Mühe unserer tätigen Vorsitzenden, bereits von sämtlichen namhaften Firmen des In- und Auslandes bedacht; auch ist eine Abteilung für lokale Erzeugnisse vorgelesen. Diese Ausstellung dürfte für jeden Besucher, besonders aber für unsere Kollegen interessant sein, und ist aus diesem Grunde bereits Einladung an sämtliche benachbarten Bezirksvereine ergangen. Wir erhoffen einen schönen Abschluß unserer idealen Sache, ebenso ein recht kollegiales Zusammentreffen am 2. April in unsern alten Barbarossa-Saal. Darum Parole am 2. April: Auf nach Kaiserslautern!

Leipzig. Die Urteile des Tariffchiedsgerichtes in Sachen der Firmen Brandstetter und Haberland sowie das eigenartige Verhalten unserer Vertreter im Schiedsgerichte bildeten das Thema einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, welche am 13. Januar im Etablissement „Sausouci“ tagte. (Da infolge des Verkaufs dieser Versammlung die Gehilfenmitglieder des hiesigen Tariffchiedsgerichtes sowohl als auch der Gehilfenvertreter für den Tarifstreik VII am vergangenen Montag ihre Plätze niedergelegt haben, ist es jedenfalls von Interesse für die übrige Kollegenschaft, ein anschauliches Bild von den Vorurteilen in Leipzig zu erhalten, und ist der Versammlungsbericht aus diesem Grunde etwas ausführlicher gehalten als es sonst üblich ist.) Vier Tariffchiedsgerichtsschiede, die einstimmig, also mit Zustimmung der Prinzipals- und Gehilfenvertreter, gefällt wurden, waren es, welche den Widerpruch der Leipziger Kollegenschaft herausforderten und zu einer scharfen Kritik Veranlassung boten. Der hiesige Gewerkschaft, welcher sich in mehreren Sitzungen mit der Sache beschäftigt hatte, war dahin übereingekommen, eine Allgemeine Versammlung einzuberufen, um klar Feld in der kritischen Angelegenheit zu schaffen. Entscheidend für diesen Schritt war für den Gewerkschafts-Vorstand die Erwägung, daß er glaubte, so am besten unserer Organisations- und Tariffache zu dienen, da trotz einer mit dem Kreisvertreter und dem Vorsitzenden des Tariffchiedsgerichtes stattgefundenen Aussprache als auch einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den übrigen Schiedsrichtern nicht das gehoffte Resultat gezeitigt wurde. — Der Referent, Kollege Engelbrecht, wies eingangs

seiner Ausführungen darauf hin, daß der Zweck der Versammlung sei, zu dokumentieren, ob die tarifstreu Gehilfschaft Leipzig mit dem Willen ihrer Vertreter im Schiedsgericht sich einverstanden erklären könne, oder die Versammelten den Schiedsrichtern und dem Kreisvertreter ihre schärfste Mißbilligung auszusprechen haben. Eine Demonstration gegen die tariflichen Institutionen im allgemeinen oder das Tarifschiedsgericht als Institution sei selbstverständlich nicht beabsichtigt, sondern man wolle lediglich zu dem Verhalten der Gehilfsenvertreter im Schiedsgericht einmal in aller Deutlichkeit Stellung nehmen. Es werde zu prüfen sein, ob die Gehilfsenvertreter die vitalsten Interessen der Gehilfsen so vertreten haben, als es das einfachste Pflicht- und Menschlichkeitsgefühl erfordere. Zunächst komme der Fall Brandstetter in Betracht. An der Monotypiegeschäftsmaße waren bisher bei genannter Firma automatische Zeilenzähler angebracht, nach deren Stand die daran beschäftigten Gehilfsen ihre Tagesleistungen notierten. Gegen diese Art der Kontrolle hatten die Gehilfsen keine grundsätzlichen Bedenken, da nach den tariflichen Bestimmungen (Kommentar zu § 32 des Tarifes) der Prinzipal berechtigt ist, zu verlangen, daß der Gehilfe seine Arbeitsleistung in ein Arbeitsbuch einträgt oder auf den Lohnabzug seinen Namen schreibt. Ueber Nacht war nun an der Maschine des Kollegen B. eine Buchstabenzähluhr angebracht worden und von B. wurde kategorisch verlangt, daß er seine Leistungen von jetzt ab auf dem Stunden- und Tageszettel nach dem Stande der Buchstabenzähluhr zu notieren habe. Wie funktioniert nun diese Buchstabenzähluhr? Der Buchstabenzähler zeigt nur die getasteten Buchstaben an, während für das automatisch vor sich gehende Ausdrucken nichts angezeigt wird, und für Einzige sowie Ausgänge nicht die diese Räume eventuell füllenden Buchstaben, sondern nur Gewirte angezeigt werden. Infolge dieser Bewertungen der Leistungen des Seigers, wie sie durch die Buchstabenzähluhr sich ergibt, wird die jetzt gültige Alphabeterrechnung vollständig über den Haufen geworfen. In 20 Fällen gemachte Stichproben ergaben, daß die auf Grund der Alphabeterrechnung erzielten Leistungen des Seigers um beinahe ein Drittel geringer angezeigt resp. herabgesetzt wurden durch diese neue Kontrolluhr. Kollege B. lehnte es infolgedessen ab, nach dieser Uhr sich selbst falsch zu kontrollieren, d. h. er lehnte es ab, seine Leistungen nach der Kontrolluhr zu notieren, da er von der berechtigten Annahme ausging, daß man ihm nicht zumuten könne, seine Leistungen falsch zu bewerten. Das Arbeiten selbst an der Maschine mit dieser Kontrolluhr hat B. niemals verweigert. Kollege B. wurde nun zu dem Geschäftsführer der Firma Brandstetter, Herrn Säuberlich, zitiert; dieser verlangte, daß B. unweigerlich den Anordnungen des Geschäftsführers Folge leiste, widrigenfalls er sich der „Behördenverweigerung“ schuldig mache, und diese sofortige Entlassung zur Folge habe. Kollege B. ersuchte Herrn Säuberlich, vorläufig von der Einführung der geplanten Neuerung Abstand zu nehmen, da das in der Sache bereits angerufene Tarifschiedsgericht einen prinzipiellen Entscheid fällen würde. Herr Säuberlich erwiderte hierauf in erregter Weise: „Das Tarifschiedsgericht geht mir gar nichts an, Sie haben sich zu fügen!“ Als der Gehilfe den Herrn Geschäftsführer darauf aufmerksam machen wollte, daß sein Gebahren doch mit dem Wesen der Tarifgemeinschaft nicht ganz im Einklange stehe und mit den Worten begann: „Gestatten Sie, Herr Säuberlich, wir sind der Meinung . . .“, unterbrach ihn der Herr Geschäftsführer mit den Worten: „Sie haben überhaupt keine Meinung zu haben!“ Das Resultat der „gegenseitigen Verständigung“ war, daß Kollege B. sofort entlassen wurde; ohne Einhaltung der gegenseitigen Kündigungsfrist mußte B. sofort den Arbeitsplatz verlassen. Wegen Kündigungsloser Entlassung klagte nun B. gegen die Firma Brandstetter bei dem Tarifschiedsgerichte auf Auszahlung von 56,87 Mk. rückständigen Lohn. Das Tarifschiedsgericht entschied einstimmig: „Die Forderung des Klägers ist abzulehnen, da B. sich geweigert hat, den Anordnungen der Geschäftsleitung nachzukommen.“ Die Gehilfsenvertreter haben also, so führte Referent aus, in ihrem Entscheide ausgedrückt, B. ist recht geschieden, wenn er sofort entlassen wurde, warum hat er sich den „Anordnungen“ der Geschäftsleitung nicht gefügt; der Gehilfe hat keinen Fernhin wegen vorzeitiger Entlassung von der Firma zu beanspruchen. Bei diesem Urteile haben die Gehilfsenvertreter weder ihr kollegiales, noch das Menschlichkeitsgefühl sprechen lassen; gefehlt, d. h. nach dem Buchstaben des Tarifes, stand unseren Vertretern nicht das Geringste im Wege, für die Gehilfsenforderung zu stimmen, zumal der Gehilfe vollständig in seinem Rechte war. Proletarisches Empfinden habe jedenfalls bei unseren Vertretern bei diesem Entscheide nicht mitsgesprochen. Nun wurde der zweite Entscheid, wiederum einstimmig, gefällt: Die sämtlichen Monotypiesetzer der vorgenannten Firma richteten an das Schiedsgericht die Anfrage, ob es statthaft und tariflich zulässig ist, Kontrolluhren in Gestalt von Buchstabenzählern an der Monotypie anzubringen, wodurch die Alphabeterrechnung bei Berechnung der Zeilenleistungsfähigkeit des Setzers illusorisch gemacht wird, und ob unter diesen Umständen der Setzer verpflichtet ist, seine Leistungen nach Buchstaben selbst auszurechnen und aufzuschreiben. Die Fragesteller hatten ihre Eingabe eingehend begründet und darauf hingewiesen, wie die „Uhr“ registriert. Das Tarifschiedsgericht entschied einstimmig: „Zunächst, das ist zulässig; die Setzer sind verpflichtet, nach der Buchstabenzähluhr ihre Leistungen

zu notieren!“ Für die so beschiedenen Gehilfsen war aber die Sache damit noch nicht erledigt, denn Herr S. hatte nun zwei Prospekte gewonnen und sagte sich jedenfalls, „aller guten Dinge sind drei“. Herr Säuberlich erhob nun Widerklage gegen die an der Monotypie beschäftigten Setzer und hierher und verlangte Ersatz von 22,70 Mk., weil die Betreffenden „auf Geheiß“ des Vorsitzenden des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesells am 8. Dezember die Arbeit nicht aufgenommen, sondern dreiviertel Stunde gestreikt haben. Wie verhielt es sich nun mit diesem Streik? Nachdem Kollege B. entlassen war, kam das an der Monotypie beschäftigte Personal dahin überein, bei Herrn S. vorliegend zu werden, um die Wiedereinstellung des B. und die vorläufige Außerbetriebsetzung der Kontrolluhr so lange zu bewirken, bis das Schiedsgericht gesprochen habe. Das Personal ersuchte um eine Aussprache; Herr Säuberlich hatte zunächst keine Zeit, und ließen die Setzer und hierher den Betrieb insoweit so lange ruhen, bis Herr Säuberlich Zeit für sie übrig hatte. Vor dem Schiedsgerichte ließ nun Herr S. die Forderung fallen, weil sie im Prinzip anerkannt war, und der Gehilfsenkreisvertreter die Erklärung abgegeben hatte, „die Maschinensetzer sind von dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Leipziger Vereins schlecht beraten worden“. Obwohl nun die Klage S. gegenstandslos geworden, weil S. dieselbe zurückgezogen hatte, erhielten doch die in Betracht kommenden Setzer einen „Entscheid des Tarifschiedsgerichtes“ zugestellt, worin für Recht erkannt wurde, daß die Forderung der Firma Brandstetter zu Recht besteht. Die Entscheidung wurde einstimmig gefällt. Begründung: „Die Gehilfsen sind verpflichtet, der Firma B. den durch den kurzen Streik entstandenen Schaden zu ersetzen; derartige Arbeitsverweigerungen dürfen auf keinen Fall stattfinden, denn in diesen und ähnlichen Fällen muß das Tarifschiedsgericht als Einigungsamt angerufen werden.“ Punktum! Daß Herr Säuberlich die strittige Angelegenheit im Falle B. sowohl als auch bezüglich der übrigen Maschinensetzer verurteilt hatte, und er verpflichtet war, das Schiedsgericht als Einigungsamt anzurufen, weil er einfach etwas dekretierte und auf den Einwurf des B. nur die verächtliche Antwort übrig hatte, „das Tarifschiedsgericht geht mir gar nichts an, Sie haben sich zu fügen!“ haben unsere Vertreter nicht berücksichtigt. Herr Säuberlich ist nun durch diesen überhöflichen Entscheid des Schiedsgerichtes in seiner Annahme bekräftigt worden, daß nur die Gehilfsen bezüglich des Tarifes und der Einigungsämter Verpflichtungen haben, die Prinzipalität jedoch nicht. — Zwei Wochen nach diesem Urteile fällte das Schiedsgericht einen vierten Entscheid, bei welcher Gelegenheit die Gehilfsenvertreter die Interessen ihrer Mandatgeber ähnlich wahrnahmen wie in den bereits gekennzeichneten Fällen. Die Firma Haberland stellte einen jungen Bruder zu völlig tarifwidrigen Bedingungen ein; bereits früher war dies bei genannter Firma vorgekommen, infolge Intervention des Gewerkschafters wurde damals die Sache geregelt. Diesmal sollte es anders kommen. Kollege M., welcher in der Offizin S. tätig war, veranlaßte den zu tarifwidrigen Bedingungen arbeitenden Kollegen, bei der Geschäftsleitung auf tarifliche Entlohnung zu dringen. M. nahm auch mit dem Geschäftsführer (Verbandsmitglied, mit dessen unkollegialem Verhalten sich die Verbandsmitgliederversammlung noch beschäftigen wird) Rücksprache, schrieb auch dem Prinzipale einen sehr sachlich gehaltenen Brief, in welchem M. sich erlaubte, darauf aufmerksam zu machen, daß in tarifreinen Firmen nur tariflich entlohnte Gehilfsen beschäftigt werden dürfen, und die Firma eventuell Unannehmlichkeiten mit den Tarifbehörden haben könne, wenn die Sache nicht geregelt würde. Alles vergeblich, keine Antwort! Dafür erhielt M. aber die Kündigung wegen — Arbeitsmangels. M. war etwa drei Jahre bei S. beschäftigt, war Spezialarbeiter und seinerzeit aus Kondition zu S. gegangen, weil ihm versprochen wurde beim Engagement, daß er bei zufriedenstellender Leistung feste Beschäftigung haben würde. Daß M. den an ihn gestellten Anforderungen jederzeit entsprochen hat, mußte der Geschäftsführer bestätigen. Bei sofortiger Rücksprache mit dem Chef wegen des Grundes der Kündigung wurde M. gesagt, daß er wegen seiner „unhöflichen Handlungsweise“ gekündigt erhalten habe. M. klagte nun beim Tarifschiedsgerichte wegen ungerechter Entlassung auf Wiedereinstellung (auf Grund der Resolution des Tarifschlusses vom April 1904). Trotzdem die Gehilfsenvertreter genau im Bilde bezüglich dieses Falles waren, stimmten sie nicht für Wiedereinstellung M., sondern schlossen einen Kompromiß mit den Prinzipalen und billigten M. den Schuß des § 52 des Tarifes zu. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß sämtliche Mitglieder die Ueberzeugung teilen, daß M. wegen seines Eintretens für den Tarif gekündigt worden ist, trotzdem haben die Gehilfsenvertreter nicht die Konsequenzen gezogen und bezüglich der Resolution des Tarifschlusses vom April v. J. nicht die Probe aufs Exempel gemacht. — In seinem Resümee führte Referent aus, die Brandstetterischen Differenzen seien lediglich auf das Konto des Herrn Säuberlich zu setzen; als ein Gehilfe ihn hat, erst den Entscheid des Tarifschiedsgerichtes abzuwarten, sei er unter Hohn und Spott auf die Tarifinstitutionen auf das Straßenpflaster geworfen worden. Der grundsätzliche Entscheid über das sogenannte Outduten des Tarifschiedsgerichtes sei unhaltbar, denn Herr Säuberlich habe vor dem Gewerbebezirk auf die Frage des Vorsitzenden, „der Apparat dient wohl zur Kontrolle der Leistungen des Arbeiters?“ erwidert: „Zunächst, dient zur Kontrolle, es ist jedoch nicht der ausgesprochene Zweck desselben“.

Leider haben unsere Vertreter an dem Zustandekommen dieses „Outdutens“ im Sinne des Herrn Säuberlich mitgewirkt. Im Falle Muhlau war es Pflicht des Gehilfsenvertreters, nicht gegen Treu und Glauben zu handeln. In der Widerklage Brandstetter ist ein Entscheid gefällt worden in einer Sache, die gar nicht der Entscheidung des Tarifschiedsgerichtes unterstand. Die Schiedsrichter (Gehilfsen) haben geurteilt und verurteilt, ohne überhaupt den Tatbestand genügend festgestellt zu haben, und dabei handelte es sich um Fälle, welche von weitragerer Bedeutung für die Gesamtgemeinschaft seien. Durch die ungläubige Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, welche die Gehilfsenvertreter bei Beurteilung der ihnen überwiesenen Streitfälle an den Tag gelegt haben, ließen die Tarifinstitutionen Gefahr, selbst von Leuten diskreditiert zu werden, welche sonst sehr objektiv über unsere tariflichen Einrichtungen urteilen. Deshalb sei es notwendig, daß die Versammelten erklärten, mit der Haltung des Gehilfsenvertreters und der Gehilfsenschiedsrichter nicht einverstanden zu sein, und die Versammlung erwarte, daß die Vertreter in Zukunft etwas mehr proletarisches Empfinden an den Tag legen, als sie in den vier Streitfällen dokumentiert haben (Beifall). — An das Referat schloß sich eine sehr eingehende, zum Teile erregte Diskussion. Nicht weniger als 13 Redner hatten sich in die Rednerliste eintragen lassen, wovon 14 zu Worte kamen. Der Tarifschiedsgerichtsvorsitzende und der Gehilfsenkreisvertreter unternahmen es, die Entscheide zu verteidigen, fanden aber für die von ihnen vorgebrachten Argumente kein Verständnis bei der Versammlung. Namentlich protestierte der Tarifvertreter Günther gegen die Einberufung der Allgemeinen Versammlung, welche kein Recht habe, die Tarifschiedsgerichtsmitglieder zu kritisieren. Dem wurde entgegengehalten, daß die Kollegen wohl das Recht für sich in Anspruch nehmen, unsere Vertreter zu kritisieren, wenn solche Sachen vorlämen, wie die hier angeführten; die Schiedsrichter, d. h. die Gehilfsen, mußten doch etwas mehr Solidarität betonen, als dies geschehen sei. Von anderer Seite wurde ausgeführt, selbst wenn die Maschinensetzer sofort die Arbeit eingestellt hätten würden und nicht nur das Aufschreiben nach der Buchstabenuhr verweigerten, dieselben in ihrem Rechte gewesen wären, weil sie sich in der Defensive befanden. Echter bebauert, daß nicht ein anderer Weg eingeschlagen worden ist als der einer öffentlichen Versammlung, um die Sache zur Sprache zu bringen, er ist der Ansicht, daß es sich lediglich um Rechtsirrtümer handele. Die Erregung unter der Kollegenchaft sei künstlich hervorgerufen worden, teils des Vorstandes (Widerspruch der Versammlung), der Vorstand habe unkollegial gehandelt. Inzwischen gelangte ein Antrag zur Verlesung, welcher den Schiedsrichtern und dem Kreisvertreter einen Tadel ausdrückt; der Antrag findet die nötige Unterstützung. Kollege Krahl ist gleichfalls der Ansicht, daß mit der Einberufung der Versammlung ein taktischer Fehler gemacht worden sei, und bittet, keine Abstimmung über den Antrag vorzunehmen. Die nachfolgenden Redner verurteilten sämtlich das Gebahren unserer Vertreter im Schiedsgerichte und können es nicht verstehen, daß die Vertreter unseren Kollegen nicht den nötigen Beistand geleistet haben; der Vorstand habe jedenfalls im Interesse der Gehilfsenchaft gehandelt, wenn er dieses Verhalten unserer Vertreter nicht vertuscht, sondern diese Schäden aufgedeckt habe. Es sei dies nicht geschehen, wie Echter ausgeführt habe, um die Kollegenchaft auseinander zu bringen, sondern der Vorstand mache es sich zur Aufgabe, die Kollegenchaft zusammenzuführen, dafür lege die Tätigkeit des Vorstandes Zeugnis ab. Mit der früheren Tätigkeit der Tarifschiedsgerichtsmitglieder könne man sich zufrieden erklären, zu dem aber, was in letzter Zeit vorgekommen sei, müsse die Öffentlichkeit Stellung nehmen, sonst trete eine Verumpfung bei uns ein. Kollege Hezlhäuser (mit einem lauten Hül von der Versammlung begrüßt) führt aus, daß es nicht zu den besonnensten Unannehmlichkeiten gehöre, heute hier zu reden. Er täte dies auch nur um deswillen, weil durch einen Zwischenruf der „Corr.“ mit in die Diskussion gezogen worden sei. Redner vertrittete sich über das Ausstehen der Monotypie und meint, unsere Schiedsrichter hätten eine kapitale Dummheit gemacht, jedoch dürfe man diese Angelegenheit nicht vor die breite Öffentlichkeit tragen. Schließlich sei er mit dem Vorstande in dieser Sache einverstanden, aber nicht mit der Form, wie dies zum Austrage gebracht worden sei. Durch Antrag auf Schluß der Debatte findet die Diskussion ein Ende. Kollege Engelbrecht führte in seinem Schlussworte aus, es käme wohl selten vor, daß die Versammelten trotz der vorgerückten Stunde (es war nachts 12 Uhr geworden) so lange aushalten, wie dies heute geschehen; es sei dies ein Beweis dafür, wie ernst es die Kollegenchaft mit der zur Sprache gebrachten Angelegenheit nehme. An der Hand einer Reihe von Tatsachen sei es dem Vorstande unmöglich gewesen, die Sache im Schoße des Vorstandes zu begraben. Was er (Redner) nicht erwartet habe, sei doch eingetreten: der ganze Generalsab sei mobilisiert worden*, um in die

* Die in seinem Schlussworte gebrauchte Aeußerung des Kollegen Engelbrecht: „Der ganze Generalsab sei mobilisiert worden“, was nach dieser Zeit ein „höheres“ Eingreifen voraussetzt, blicke unseren Lesern unverständlich, wenn nicht erläutert würde, daß mit diesem „Generalsab“ die untergeordneten gemeint wären. Da Kollege Engelbrecht diese öffentliche Provokation für notwendig hält, und aus der willkürlichen und verheerenden Wiedergabe der von uns geliehenen Ausführungen und sachlich abgelesenen Kritik des Verhaltens des Leipziger Gewerkschafts nicht ersichtlich ist, wodurch wir das Mißfallen des Kollegen Engelbrecht hervorgerufen, sind wir zu dieser Stellung gezwungen. E. Echter. W. Krahl. A. Hezlhäuser.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 11. — Sonnabend den 28. Januar 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Bresche zu treten; mit was für einem Erfolge, das werde die Abstimmung über den eingegangenen Antrag zeigen. Jedenfalls wäre es gefährlicher, wenn man das Feuer unter der Decke weiter glimmen lasse, als wenn man für die Beseitigung des Hindernisses Sorge trage. Der Vorstand habe geglaubt, dadurch, daß er die Sache der Kollegen- schaft zur Beurteilung unterbreite, im Sinne der Kollegen zu handeln, und bitte er die Versammlung, den Antrag anzunehmen, damit diese Versammlung nicht wie das Hornberger Schießen aussehe. (Beifall.) Gegen eine ganz geringe Minderheit wurde unter dem Beifalle der Versammlung hierauf folgende Resolution angenommen: „Die heute im Etablissement Sanssouci von etwa 2000 Personen besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung mißbilligt das Verhalten der Gehilfenschiebsrichter und des Tarifkreisvertreters in Sachen der Firmen Brandstetter und Haberland. Die Versammelten erwarten, daß die Gehilfenvertreter im Schiedsgericht sowie der Gehilfen- kreisvertreter in Zukunft die Interessen der Gehilfenschaft besser wahren als bisher.“ Hierauf Schluß der Versammlung. Infolge der vorgerückten Zeit (1/2 1 Uhr) wurden die anderen Tagesordnungspunkte zurückgestellt.

tz. Neubabelsberg. Die am 21. Januar abgehalten- erste diesjährige Monatsversammlung von 42 Mit- gliedern besaß, worin der Vorsitzende Feßler im Hin- blick auf den vorjährigen mittelmäßigen Besuch ein günstiges Zeichen für das neue Jahr erblickt. Auch sein Wunsch auf rege und sachliche Diskussion unter Ausschaltung aller persönlichen Reibereien möge in Erfüllung gehen. Aus dem Jahresberichte ist zu erwähnen, daß der Mitglieder- stand am Jahresschlusse 1904 67 betrug. Der reich- haltigen Bibliothek wäre eine noch größere Benutzung zu wünschen. Im Hinblick auf die diesjährige General- versammlung wurde der Wunsch ausgedrückt, die Früh- jahrsbezirksversammlung möge so rechtzeitig stattfinden, daß eventuell Anträge zur Generalversammlung noch ein- gereicht werden können. Beim Punkte „Stellungnahme zum Vergarbeiterstreik“ wurde die Einführung einer wöchentlichen Extrasteuer von 30 Pf. zur Unterstützung der Streikenden beschlossen, die sofort beginnen soll. In der Debatte hierüber erfolgte auch eine scharfe Kritik des „Corr.“ über seine Haltung in diesem Arbeiterkampfe und wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung bedauert, daß seitens des „Corr.“ in Sachen des Vergarbeiterstreiks trotz des Auftrags der General- kommission noch keine eingehende Information über die Lage des Streiks und eine Aufforderung zur Unterstützung der Streikenden ergangen ist. Sie hält es für Pflicht des „Corr.“ bei derartigen Anlässen sofort die Initiative zu ergreifen.“ Die angeschnittene Frage des Vereinslokales wurde durch einen Beschluß erledigt, daß das bisherige Gefache Lokal beibehalten werden soll. (Der für 1905 gewählte Vorstand siehe „Corr.“ Nr. 6 unter Verbands- nachrichten.)

Umerkung der Redaktion: So anerkennenswert es ist, daß die Neubabelsberger Kollegen sofort die Ge- legenheit bei der Stirnlade erfaßten und den Ruhrberg- leuten ihre Solidarität praktisch bewiesen, so verfehlt sind die im vorstehenden Berichte an die Adresse der „Corr.“-Redaktion gerichteten Vorwürfe. Trotzdem wir bereits seit dem vorigen Jahre (Nr. 150) der Entwidlung der ganzen Angelegenheit gefolgt sind, und der allgemeine Streik erst seit dem 7. bzw. 10. Januar erklärt und auch seit dieser Zeit alles wissenschaftliche Tatsachenmaterial unseren Lesern unterbreitet ist, resolutieren die Neubabelsberger Kollegen, daß wir noch keine eingehende Information über die Lage des Streiks“ gebracht hätten. Das ist ein starkes Stück, das so ganz in die beliebte Behandlung der Redaktion durch die Kollegen paßt. Daß wir in Nr. 1 20, in Nr. 3 23, in Nr. 4 34, in Nr. 5 47, in Nr. 6 44, in Nr. 7 65 und in Nr. 8 116 Zeilen (insgesamt 349 Zeilen) bis zur Fassung der intimierten Reso- lution über den Streik gebracht haben, brauchte man in Neubabelsberg nicht zu wissen, da für dort der „Corr.“ anscheinend unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint. Wir möchten gern wissen, was wir hätten mehr schreiben sollen? Dann wollen wir den Neubabelsberger Kollegen noch verraten, daß die „Corr.“-Redaktion kein Recht hat, Auftrufe zu erlassen oder die Verbandsmitglieder zur Unterstützung eines Streiks aufzufordern, sondern daß dies Sache des Verbandsvorstandes ist. Mit dessen Auf- ruf fällt auch unsere Initiative zusammen (siehe Nr. 9). Man spare sich also künftig solche überflüssige Ent- reistungen, wenn man sachlich so schlecht beschlagen ist.

Rundschau.

Zur Unterstützung der streikenden Ruhrberg- leute sandte der Berliner Gauvorstand 5000 Mk. ab, welche durch Sammlungen in den Mitgliedern wieder eingebracht werden sollen. 440,80 Mk. quittiert der „Vor- wärts“ auch wieder als von Kollegen aus Berliner Druck-

reien eingegangen. Der Ortsverein Kiel bewilligte 400 Mk., die Mitglieder in Hirschberg i. Schl. legten sich eine Extrasteuer von 20 Pf. bis zur Beendigung des Kampfes auf. Der Ortsverein Gifstrow beschloß eine Extrasteuer von 25 Pf. während des Massenstreiks im Ruhrgebiete. Der Ortsverein Wittenberg führte unter den gleichen Bedingungen einen Extrabeitrag von 25 Pf. ein. Der Vorstand des Gau's N. der Saale bewilligte 300 Mk., der Ortsverein Halle a. S. 200 Mk., außer- dem entrichteten die Halleischen Kollegen einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche. Gesammelt von Kollegen aus verschiedenen Leipziger Druckereien 117,30 Mk. Der Ortsverein Meile in Hannover bewilligte 30 Mk. und führte eine Extrasteuer von 50 Pf. pro Mitglied und Woche ein. Der Ortsverein Lützenwalde beschloß einen Extrabeitrag von wöchentlich 55 Pf. zu erheben, auf Zinsen des Gewerkschaftsstellens wurden außerdem 11,50 Mk. ge- zeichnet. Eine Extrasteuer von 25 Pf. erhebt der Orts- verein Rostock, ferner wurden 50 Mk. aus der Ortskasse überwiesen. Die Mitgliedschaft Erlangen führte als erste Rate 30 Mk. ab. Der Ortsverein Oberhausen hat Sammelkassen ausgegeben und 10 Mk. aus der Kasse bewilligt. Der Ortsverein Hannover ließ vorerst 500 Mk. ab. Während der Dauer des Kampfes gehen außer- dem den Streikenden wöchentlich 300 Mk. zu, welche durch Extrasteuern wieder eingebracht werden sollen. Der Orts- verein Kaiserslautern bewilligte 30 Mk. und führte eine Extrasteuer von 20 Pf. ein. Der Gau Württem- berg hat 600 Mk., die Mitgliedschaft Stuttgart 400 Mk. überwiesen. Für die Dauer des Streiks werden wöchentlich noch Sammelkassen ausgegeben. Die Mitglieds- chaft Urweiler sammelte 14 Mk. in ihrer Hauptver- sammlung. Vom Ortsvereine Plauen i. V. wurden 50 Mk. abgefordert. Das Personal der „Schleswig-Hol- steinischen Volkszeitung“ in Kiel führte 61,50 Mk. ab. Der Ortsverein Joffen bewilligte 30 Mk. Als erste Rate schickte der Verein der Berliner Schriftgießer 150 Mk.

Buchdrucker-solidarität? Ein Mensch namens Lüth, auch ein Führer der Hamburger Altkommunisten, hat es gewagt, die sprichwörtliche Solidarität der Buchdrucker in Zweifel zu ziehen. Nach der „Neuen Hamburger Zeitung“ schüttete jener Lüth in einer Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs die volle Schale seines Jornes über die Zentralverbände aus, weil selbige nach seiner Ansicht die Ruhrbergleute so mangel- haft unterstützen. So habe der Verband der Deutschen Buchdrucker, welcher über ein Vermögen von sieben Millionen Mark verfüge, nur einige Tausend Mark be- willigt. Daß dieser Streikbrecherführer sehr genau orien- tiert ist schon an der Abwicklung unserer Verbandsgelder ersichtlich. Wie er hier seinem lokalistischen Gesinnungs- faulen Zauber vorgemacht, so verhält es sich auch bezüg- lich der Unterstützungsfaktion der Buchdrucker. Obwohl uns nicht bekannt, wieviel bereits aus der Hauptkasse be- willigt worden ist, so setzen wir doch mit Genugtuung, daß sich allenthalben die vielbewährte Buchdrucker-solidarität regt. Wir nehmen diesen lokalistischen Dreckwurf aber zum Anlaß, die Vorstände wie auch unsere Kol- legen nochmals zu bitten, uns alle Bewilligungen und Sammlungen für die streikenden Ruhrbergleute sofort mitzuteilen und später das Resultat der Extrasteuern folgen zu lassen. Dann werden wir ja sehen, wo man noch mit der Buchdrucker-solidarität in die Schranken treten kann.

Ein Preisausschreiben zur Berechnung eines Prospektes veröffentlicht der „Deutsche Buch- und Steindruck“ in seinem Januarhefte. Dieses Preis- ausschreiben hat den Zweck, die Aufmerksamkeit der Fach- genossen auf ein viel zu sehr vernachlässigtes Gebiet, richtige Kalkulation — zu lenken; wie schlecht es in der Sache bei uns steht, haben wir auch im „Corr.“ oft genug gezeigt an den so häufig gefennzeichneten Unter- bietungsversuchen. An diesem Wettbewerbe können sich alle Berufsangehörigen beteiligen, die Berechnung hat aus- schließlich auf einem dem Hefte beigegebenen Kalkulations- zettel zu geschehen. Die Einhebungen müssen bis zum 15. März erfolgen, 300 Mk. sind als Preise ausgesetzt. 1500 Zeitungen und Zeitschriften erscheinen in Berlin, darunter etwa 50 politische Tageszeitungen.

Kiel für Daldorf! Ein Herr Fritz Riese in Charlottenburg verlangt in einer an das preussische Ab- geordnetenhaus gerichteten Petition den Erlass eines gesetz- lichen Verbotes gegen den „Vorwärts“.

Graf Pückler als Zeitungserleger. Der über- geschnappte Gutsbesitzer von Klein-Tschirne will mit seiner Zuckersiederei nun auch als Zeitungserleger experi- mentieren. Dieser Tage durchfuhren zehn große Wägel- wagen die Straßen von Berlin, an denen mit Riesen- buchstaben die Ankündigung angebracht war, daß von Sr. Gnaden, dem Herrn Dreihagrasen, eine „Wochenchrift für nationalen Sozialismus und reines Deutschtum, der Ketter aus der Judennot“ erscheinen wird. Nun wird es sicher nicht mehr lange währen, bis es von Pückler heißt: es ist vollbracht!

Der in Gehilfenkreisen wegen seines Eintretens für unsere Tariffrage bestens bekannte Buchdruckerbester Emanuel Baensch in Magdeburg erhielt den Titel eines Kommerzienrates.

Professor Rudolf Siemering, einer der bedeutendsten Bildhauer Deutschlands, ist im Alter von 70 Jahren in Berlin gestorben. Siemering ist Schöpfer des sehr schönen, aber auch sehr schlecht platzierten Leipziger Sieges- denkmals auf dem Markte.

In Budapest haben sich die Dinge wieder zum Bessern gewendet. Es wurde in letzter Stunde ein Maschinenfeuertarif vereinbart, der am 6. Februar in Kraft tritt. Wenn auch nicht alle Forderungen der Gehilfen, besonders bezüglich der Arbeitszeit, erfüllt wurden, so ist der neue Tarif doch ein schöner Erfolg. — Auch der Kampf wegen der Redakteurwahl wurde durch ein Kompromiß beendet. Peidl tritt zurück und läßt sich nicht mehr wählen, und das neu gewählte Orga- nisationskomitee bleibt auf seinem Posten. Dafür wird der zurückgetretene deutsche Redakteur Rothstein offiziell neuerdings kandidieren. Den ungarischen Kollegen ist zu diesen beiden Erfolgen zu gratulieren.

Keine Ausichten auf Beilegung des all- gemeinen Streiks der Ruhrbergleute! Kirdorf, der König unter den Grubenbaronen, hat sich von einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ interviewen lassen. Danach denken die Geldherrscher nicht im Leisesten an ein Nachgeben. Sie wissen, daß sie alle Parteien und die öffentliche Meinung gegen sich haben, sie wollen ihr aber trotzen. Daß sie dies können, haben sie leider an der jammernswerten Haltung von Möller und Bülow gesehen. Für die Syndikatsgewaltigen sind alle Forde- rungen unannehmbar, das Wagenmüllers zu beseitigen, fällt ihnen gar nicht ein. Arbeiterausschüsse einsetzen, hieße nach ihrer Ansicht der Sozialdemokratie in den Betrieben Agitationsherde schaffen, mit jedem einzelnen Arbeiter wollen sie indeß gern verhandeln; den Gedanken einer Anerkennung der Gewerkschaften durch gemeinsames Verhandeln weisen die despotischen Grubenbarone wie eine Totsünde von sich. „Die Sozialdemokraten und die christ- lich-sozialen gewerkschaftlichen Fanatiker haben zu viel ge- zögert. Die Herren von Geldsackgnaden kennen nicht nur Geldsackinteressen, sondern sie kämpfen auch für Ueber- zeugungen! Nun diese Sorte von Ueberzeugung ist ja hinlänglich bekannt als Auspöcherung des Volkes. Der Streik nimmt also seinen Fortgang, das Syndikat ver- läßt sich auf die indirekte Hilfe der Regierung, und rechnet mit dem Umfalle der Streikenden aus Mangel an Unter- stützung. Gerade aber in letzterer Hinsicht wird man sich jedoch im Bergbaukreise verrechnen. Denn wenn vor elf Jahren 300 000 englische Grubenarbeiter nahezu viermonatelang gestreikt haben konnten, so daß der Kampf mit einem entscheidenden Siege der Streikenden endete, so wird man in Deutschland 200 000 Mann auch genügend unterstützen können. In England spendeten damals sogar Minister Gelder für die Streikenden und redeten in öffentlichen Versammlungen zu ihren gunsten. Aber auch in Deutschland sehen wir jetzt, daß selbst in Reicharbeitereisen die praktischen Sympathieerklärungen einen erfreulichen Aufschwung nehmen, so hat der Kardinal Kopp 3000 Mk. überandt. Um so mehr ist es zu ver- urteilen, daß in Bochum, Essen, Dortmund die Samm- lungen verboten, ja sogar beschlagnahmt werden. Die schottischen und englischen Bergleute sehen nunmehr auch mit der Unterstützungsfaktion ein. Die von dem Berg- baukreise zurückgewiesene Ministerialkommission wird sich wieder in das Streitgebiet begeben, um die Beschwerden der Arbeiter mit tunlichster Beschleunigung zu prüfen. Daß dem unbändigen Uebermut der Gruben- barone doch ein Dämpfer aufgesetzt werden kann, beweist folgender vom Zentrum im preussischen Landtage ein- gebrachter Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beabsichtigen: die Staatsregierung zu ersuchen, sofort eine Kommission unter Zuziehung von mindestens sieben Mit- gliedern des Abgeordnetenhauses zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Kohlenbergbau einzusetzen, und auf Grund der Ergebnisse einen Gesetzentwurf zur Beseiti- gung der festgestellten Mißstände schleunigst einzu- bringen.“ Das ist der einzig gangbare Weg, den Herren aufs Haupt zu schlagen; sie müssen von Weisheit wegen ge- zwungen werden zur Abstellung von Mißständen und Anerkennung der berechtigten Forderungen. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gleich danach den Beschluß gefaßt, auf dem Wege eines Initiativ- antrages die von den streikenden Vergarbeitern aufgestellten Forderungen nach reichsgerichtlicher Regelung zur möglichst schleunigen Behandlung vor den Reichstag zu bringen, und zwar soll dieser Antrag einschließen die Frage der täglichen Schichtzeit, der Sonntagsarbeit und der Ueber- schichten, der Beseitigung des Wagenmüllers, der Schaffung von Arbeiterausschüssen sowie von Wagen- und Gruben- kontrollen aus dem Reih der Arbeiter. Nun können die bürgerlichen Vertreter im Reichstage und im preußi- schen Landtage beweisen, was es mit ihren Sympathie-

hundgebungen auf sich hat. Die Situation ist sehr günstig, denn die Witterung gegen Bülau und Möller (dieser soll amtsmüde sein) wie überhaupt gegen die preussische Regierung wegen ihres Verhaltens in dieser Frage ist allgemein. Der Streik selbst ist stabil geworden. Auf zwei fiskalischen Gruben ist es ebenfalls zum Ausstande gekommen. Die Zahl der Streikenden wird mit 240000 angegeben, die der Arbeitswilligen hat abgenommen. In Belgien ist es inzwischen auch zu Arbeitsniederlegungen gekommen, es wird eine größere Ausdehnung derselben befürchtet.

Ueber die sich ausdehnende Revolution in Rußland und die sich steigenden entsetzlichen Gräuelt der Militärdiktatur in dem des Verfalls überreifen Zarenreiche können wir nicht weiter berichten, weil dies nur bei täglichem Erscheinen möglich wäre. Unsere Leser verweisen wir also auf die Tagespresse, und zwar an die, welche nicht die deutsche Schmach noch tiefer drückt durch Verherrlichung der russischen Schandthaten.

Gestorben.

In Bielefeld am 24. Januar Gustav Pöhl aus Sudbrak, 20 Jahre alt.

In Bremen am 20. Januar der Seher Georg Hahn aus Marktstet, 63 Jahre alt — Magenleiden.

In Breslau am 15. Januar der Buchdruckereibesitzer Adam Mamelock; am 22. Januar der Seherinvalide Alfred Müller von da, 49 Jahre alt — Schwindel.

In Hannover am 18. Januar der Seherinvalide Otto Appuhn, 63 Jahre alt — Herzschlag.

In Kassel am 20. Januar der Invalide Ernst Horst aus Keln.

In Leipzig am 20. Januar der Drucker Robert Fahnert von da, 31 Jahre alt — Lungenkatarrh; am 21. Januar der Seher Ernst Beerbaum von da, 48 Jahre alt — Magenleiden.

In Lübeck am 18. Januar der Buchdruckereibesitzer Lampert Schmidt, 67 Jahre alt — Schlaganfall.

In Milwaukee (Nordamerika) am 31. Dezember der Buchdruckereibesitzer Peter Viktor Deister aus Nachen, 74 Jahre alt.

Bei Polnow (Pommern) der Seher Gustav Mac aus Osterode, 34 Jahre alt — erfroren.

In Schöneberg bei Berlin am 24. Januar der Korrektor Bernhard Theise.

In Wien am 11. Januar der Seher Heinrich Ertel, 33 Jahre alt; am 12. Januar der Seher Karl Pfeifer I, 49 Jahre alt; am 14. Januar der Drucker Josef Schönbacher, 44 Jahre alt.

Briefkasten.

R. U. in München: Diese „Druckfehlerberichtigungen“ verlohnen sich nicht und sei lediglich festgestellt, daß nicht 17, sondern nur noch 16 Bänder in München der entschwindenden Bänderlosigkeit Herrlichkeit nachtrauern. — R. L. in

S.: Wir müssen dringend bitten, bei Einsendungen über angelegte Tarifverträge, Maßregelungen und Schlichtungen von Druckerstreikständen sich der strengsten Wahrheit zu befleißigen, da wir diese Dinge „fern von Madrid“ doch nicht nachprüfen können, sondern lediglich uns auf die Glaubwürdigkeit der Einsender verlassen müssen. Das gilt nicht nur für Sie! — U. Peters in Bremerbörbe: 1. Ist Ihre Berichtigung keine solche nach § 11. 2. Vegt uns Ihre Karte im Original vor, wo von einem Wochensolone von 15,50 Mk. die Rede ist. 3. Wollen Sie noch weitere Schritte unternehmen, nun da können Sie die „Berichtigung“ gleich mit abmachen. 4. Ist unsere Adresse „Leipzig, Salomonstraße 8“, wenn Sie wieder unfruchtbar Stillstaltungen anstellen wollen. — E. 1: Erhalten. Können aber von dem Aufrufe keine Notiz nehmen. Wenn Sie die Nichtaufnahme seitens des genannten Blattes bemängeln wollen, so tun Sie das unter „Korrespondenzen“. — D. M. in Wien: Besten Dank, aber nicht verwendbar. — C. D. in Solingen: Tariflich ist da nichts vorgefallen, wir würden aber in Ihrem Falle insgesamt vier Stunden Pause als Minimum betrachten, d. h. einschließlich einer zweistündigen Mittagspause, die nicht entgeltlich wird. Wie die Rufen einguteilen sind, ergibt sich in Anlehnung an die Tagespausen. — B. B. in Homburg a. M.: Wenden Sie sich an das Schiedsgericht in Krefeld bzw. verweisen Sie die fordernde Firma dahin. — J. in Bz.: La Typographie française, Paris, 20 Rue de Savoie; ein englisches Blatt ist uns nicht bekannt, Sie erfahren jedenfalls aber Näheres vom Kollegen B. Hähre, London N. 18-23, Craven-Street, Brunswick Place. — B. in Brandenburg: 5,05 Mk. — B. in Duisburg: 1,55 Mk. — L. S. in Bielefeld: 3,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bezirk Bochum. Die Bezirksversammlung findet nicht, wie bekannt gegeben, am 19. Februar, sondern erst Sonntag den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Bochum im Restaurant Menze, Rheinischestraße, statt. Anträge sind bis zum 14. Februar an den Vorsitzenden Emil Albrecht, Bochum, Wiemelhauserstraße 33, einzureichen.

Bezirk Bonn. Den Vorstand für das Jahr 1905 für Bezirk und Ort bilden folgende Kollegen: Th. Balbus, Bonn-West, Burggartenstr. 14, Vorsitzender; Jean Dmes, Bonn, Alter Heerweg 8, Kassierer; Aug. Bahn, Schriftführer; S. Schiffmann, Fritz Bauer und Ernst Stauber, Neulohren; Max Gröschel, Bibliothekar.

Bezirk Gotha. Die diesjährige erste Bezirksversammlung findet Sonntag den 26. Februar in Gotha statt. Anträge sind bis 12. Februar an den Vorsitzenden zu senden. Näheres durch Zirkular.

Bezirk Ostfriesland. Unsere diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 26. Februar in Norden statt. Anträge sind bis zum 12. Februar an

den Bezirksvorsteher J. Preuß, Leer (Ostfriesland), Kirchstraße 47, zu richten. Alles Nähere erfolgt durch Zirkular.

Bezirk Straßburg. Die Bezirksversammlung findet am 5. März, vormittags 11 Uhr, in Straßburg im „Schloßbräuhaus“, Heiligeisstraße, statt. Anträge sind bis zum 26. Februar einzuwenden.

Bezirk Waldenburg i. Schl. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: G. Anders, Vorsitzender; U. Küffler, Kassierer; C. Kindein, Schriftführer; G. U., Bibliothekar; Th. Kühnel und Br. Reich, Neulohren; C. Schneider und U. Dietrich, Krankenkassier. — Das Vereinslokal befindet sich von jetzt ab im Hotel „Kaiserhof“.

Braunschweig. Sonntag den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr: Ortsversammlung im „Gewerkschaftshaus“.

Essen. (Maschinensehervereinigung Rheinland-Westfalen.) Für den vom Vororte verziehenden Kollegen Franken wurde der Kollege W. Bender, Essen-West, Birkhofstraße 14, zum Vorsitzenden gewählt.

Hamburg-Altona. (Schriftgießerverein.) Die Adresse des neu gewählten Vertrauensmannes lautet: Aug. Peters, Altona, Leffers Passage 14, II.

Hirschberg i. Schl. Der Vorstand für das Jahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: R. Bette sen., Alte Herrenstraße 15, II, Vorsitzender; C. Reimann, Warmbrunnerstr. 20d, Kassierer; P. Jerischke, Schriftführer; P. Koch und P. Sandmann, Bibliothekar resp. Beisitzer.

Die Herren Vertrauensleute und einzeln konditionierenden Mitglieder werden um baldige Einsendung eines kurzen Jahres- resp. Situationsberichtes an den Kollegen Otto Seiffert, Hirschberg (Schl.), Hellerstraße 24, II, erjudet.

Oberhausen (Rhld.). Der Vorstand unser Ortsvereins besteht für das Jahr 1905 aus folgenden Kollegen: Peter Neumann, M.-Strum, Albrechtstr. 15, Vorsitzender; Ph. Franz, M.-Strum, Heidestr. 127, Kassierer; Herm. Surenbrod, Schriftführer; W. Fattler, erster, und Fr. Andree, zweiter Bibliothekar; Sat. Hündgen und Heinrich Karhoff, Neulohren.

Der Seher Rich. Flugradt wird hiermit endgültig aufgeföhrt, innerhalb 14 Tagen seine residierenden Beiträge zu entrichten, andernfalls Ausschluss beantragt wird.

Arbeitslosenunterstützung.

Oberhausen. Das Viatikum für Durchreisende wird vom Kollegen Ph. Franz (Generalanzeiger) ausbezahlt.

Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs.

Wien. Das Personal der Schriftgießerei Rast hier selbst wurde am Samstag wegen Nichtannahme eines vom Prinzipale vorgelegten Tarifes gekündigt.

Erfahrenen, gewissenhaften

Flachstereotypeur

gelernter Seher bevorzugt, wird für Werkdruckerei gesucht. Werte Offerten befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes unter A. B. 525.

Leipziger Korrektorenverein.

Sonntag den 29. Januar, vorm. präzis 1/11 Uhr, im „Johannistal“.

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Berichte der Vereinsfunktionäre; 4. Event. Anträge auf Statutenänderung; 5. Neuwahlen. — (Für Anträge auf Statutenänderungen sind 3 Tage vorher an den Vorstand einzureichen.) — (Der vollzähligste Erklären ladet ein.)

NB. Die Adresse des Arbeitsnachweisverwalters ist: G. Roland, Braustraße 7 III. [483]

! Für Anfänger!

Verkaufe diverse Linien, Schrift, Ausschluß, Altschees, Einsetzung, Hierat, Klammern, Eden, Mark u. Pinnungsscheine, Winkels, Blanko, rechnungen, Wildpap., Couv., Wistent., Geschäftsbücher usw. für 220 Mk. Kasse. Zwei Drittel ganz neu, ein Drittel f. w. gebraucht. W. Nr. 531 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Sch. Suche mit einem gewandten süddeutsch.

Annoncenfcher

nicht unter 25 Jahren zur dauernden Besetzung einer Stelle in Verbindung zu treten und bitte um Offerten mit Angabe der Gehaltsanprüche. Otto Gahmann, Saugau (Württemberg). [507]

Korrektor

für mathematische und wissenschaftliche Werte, zuverlässiger Rechner und Disponent, beiläufig den Faktor zu vertreten, ist gesucht. Auswärtige Offerten unter Beifügung eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften, Gehaltsangabe usw. befördert unter J. L. 20559 die Annoncenexp. Zomacher & Hahn, Düsseldorf.

Güchtiger, energ. Fachmann

lange Jahre in bedeutender Schriftgießerei an verantwortungsvoller Stelle tätig. Ende 20, repräsentationsfähig, wünscht sich zum 1. April in entsprechende Vertrauensstellung (Kontor) einer Berliner Buchdruckerei zu verändernden. großen Buchdruckerei Werte Off. erb. unter Nr. 531 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger, flotter Setzer

im Azidenz-, Werk- u. Zeitungs- sache erfahren, sucht in oder bei Leipzig tarifmäßige Kondition.

Untritt 14 Tage nach Engagement. Werte Offerten erb. unter A. S. 530 an die Geschäftsst. d. Bl.

Strebsamer, solider Seher

in allen Sackarten starr, auch an der Maß, nicht unerfahren, sucht dauernde bzw. Lebensstellung. Werte Offerten erbeten unter O. A. Egein bei Magdeburg, Breitenweg 22. [526]

Nicht. Seher i. sofort. Rouv.; derf. würde sich mit 2000 Mk. am Geschäft beteiligen. W. Off. an M. Sch., Berlin N., Postamt 38. [515]

Leipziger Maschinensetzerklub.

Vereinslokal: Johannistal, Hospitalstrasse.

Sonntag den 5. Februar, vormitt. 1/11 Uhr:

Monatsversammlung

wozu auch sämtliche an der Monotype beschäftigten Setzer und Geisser hiermit eingeladen werden. Der Vorstand. [528]

Stereotypen u. Galvanoplastiker!

Die Kollegen werden im eignen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Konditionsangeboten nach Berlin immer erst Erfindungen einzulegen beim Vorliegenden G. Schellbach, Tempelhof, Berlin, Friedrich Wilhelmstraße 15. [606]

Lipsia!

Auflösungspasta für selbstgebadene Schrift. Jahrelang geltender Satz in neuer Schrift sowie Stereotypen wird rasch dadurch gelöst und läßt sich leicht ablegen. Pro Kilo 4 Mk. J. Harshner, Leipzig, Rurzeitr. 7.

GRAPHISCHER HUMOR

Illustr. humoristische Halbmonatsschrift für die graphischen Gewerbe Berlin W.-Schöneberg I. Abonnementpreis 60 Pf. pro Quartal Probe-Nummern gratis.

Tabakarbeiter-Genossenschaft

Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Milles. in Vorstendland, Sumatra-, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

Hermann Meier

aus Duisburg wird in Erbschaftsangelegenheiten erjudet, sich mit E. Kasper, Duisburg in Verbindung zu setzen. (Großmutter gestorben.) [533]

Unentbehrlich! Unentbehrlich!

Anhang zum Tarife

von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8 Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Am 24. Januar verstarb nach kurzem Leiden unser wertiges Mitglied [534]

Gustav Pöhl

aus Sudbrak bei Bielefeld im Alter von 20 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde! Ortsverein Bielefeld.

Am 24. Januar starb in Schöneberg bei Berlin unser lieber Kollege der Korrektor [629]

Bernhard Theise.

Der Verstorbene gehörte in früheren Jahren dem Bezirke Brandenburg an und hat als Bezirksvorsitzender, Kassierer und Ortsvereinsvorsitzender stets zum Wohle seiner Kollegen gewirkt und sich ein dauerndes Andenken in deren Herzen gesichert.

Brandenburg a. H., 25. Januar 1905.

Bezirksverein Brandenburg und Ortsverein Brandenburg a. H.

Am 22. Januar verschied nach längerem Leiden an Lungenschwindsucht unser wertiges Mitglied der Setzerinvalide [537]

Alfred Müller

aus Breslau im Alter von 49 Jahren. Ehre seinem Andenken! [537] Der Breslauer Buchdrucker-Gehilfenverein.

Richard Härtel, Leipzig-Z.

(Inhaber: Clara verw. Härtel) Kohlgerstenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen und direkt per Postanweisung erbeten. Notations-Schauapparat nebst Rundstereotypie. Von Wils. Broland, 6 Mk. geb. 8 Mk. Zeit und Draumant in Azidenz. Von Heinrich Hoffmeister, 10 Mk. Stimmten der Freiheit. Blütenlese der hervorragendsten Schöpfungen unserer Zeit und Volksdichter. Mit 35 Porträts. Geb. zum herabgesetzten Preise von 3 Mk.